

**Bekanntgabe
an den
Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Soziales
sowie an die Ortsräte Emmerstedt und Barmke**

Gesetzentwurf zur Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen

Das Land Niedersachsen hat den Gesetzentwurf zur Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen vorgelegt. Es ist geplant, dass das Gesetz zum 01.08.2012 in Kraft treten soll.

Der wegen des Umfangs separat als PDF-Datei übermittelte Gesetzentwurf beinhaltet aus Sicht der Stadt Helmstedt als Schulträgerin im Wesentlichen folgende Punkte:

1. Grundsätzlich sind alle Schulen inklusiv, also auch unsere Grundschulen.
2. Alle Förderschulen, mit Ausnahme der Förderschule Lernen im Primarbereich, bleiben bestehen.
3. Das Gesetz beinhaltet eine grundsätzliche Anerkennung der Konnexität. Jedoch wird in der Gesetzesbegründung (s. Seiten 8 und 15) ausdrücklich darauf hingewiesen, dass davon ausgegangen wird, dass die mit der Inklusion verbundenen Kosten seitens der Schulträger nicht erheblich im Sinne von Art. 57 Abs. 4 der Nds. Verfassung sind.
4. Es wurde eine Revisionsklausel aufgenommen, wonach die Landesregierung bis zum 31. Juli 2018 die kostenmäßigen Auswirkungen des Gesetzes auf die Schulträger überprüft werden sollen.
4. Das Gesetz ist erstmals für alle Grundschülerinnen und -schüler anzuwenden, die sich im Schuljahr 2013/2014 im 1. Schuljahrgang befinden, wobei ein Start auch schon zum Schuljahr 2012/2013 möglich wäre, wenn der Schulträger dazu freiwillig bereit ist.
5. Bis 31.07.2018 ist die Bildung von Schwerpunktschulen (z.B. für bestimmte Behinderungsarten) möglich. Ab 01.08.2018 ist nach dem Gesetzentwurf **jede** Schule inklusiv zu führen, d.h. alle Schulen müssen grundsätzlich jedes behinderte Kind beschulen.

Der Nds. Städtetag hatte die kommunalen Schulträger um eine Einschätzung dieser geplanten Gesetzesänderung insbesondere auch mit Blick auf die sich ergebende Kostenlage gebeten. Die von uns insoweit vorgetragenen Bedenken ergeben sich aus dem beiliegenden Schreiben der Verwaltung vom 09.11.2011 an den Nds. Städtetag. Das Bezugsschreiben vom 11.10.2011, mit dem ebenfalls bereits dem Nds. Städtetag die hier bestehende Beschulungssituation behinderter Kinder und die sich daraus ergebende Kostenfolge beschrieben wurde, wird als PDF-Datei verteilt.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

gez. Schobert

(Schobert)

Anlagen

Gesetzentwurf

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 26. Oktober 2011

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

**Gesetz
zur Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen**

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes

Das Niedersächsische Schulgesetz in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 13. Oktober 2011 (Nds. GVBl. S. 353), wird wie folgt geändert:

1. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4

Inklusive Schule

(1) 1Die öffentlichen Schulen sind inklusive Schulen. 2Sie ermöglichen allen Schülerinnen und Schülern einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang.

(2) 1In den öffentlichen Schulen werden Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam erzogen und unterrichtet, soweit sich aus § 61 Abs. 3 Nr. 5 und Abs. 4 Sätze 1 und 2 nichts anderes ergibt. 2Die Leistungsanforderungen entsprechen den unterschiedlichen Lern- und Leistungsvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler. 3Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer Behinderung Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung haben, weil sie die Bildungsziele der besuchten Schule oder die individuellen Bildungsziele nur mit sonderpädagogischer Unterstützung erreichen können, werden durch wirksame individuell angepasste Maßnahmen unterstützt. 4Ein Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung kann in den Förderschwerpunkten Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung, Sprache, Geistige Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung, Sehen und Hören festgestellt werden.“

2. In § 11 Abs. 8 Satz 2 wird die Verweisung „§ 60 Abs. 1 Nr. 6“ durch die Verweisung „§ 60 Abs. 1 Nr. 5“ ersetzt.

3. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14

Förderschule

(1) 1In der Förderschule werden Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung unterrichtet, die keine andere Schule besuchen. 2An der Förderschule können Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen erworben werden.

(2) 1Förderschulen sollen gegliedert nach Förderschwerpunkten (§ 4 Abs. 2 Satz 4) geführt werden. 2In einer Förderschule können Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpä-

dagogischer Unterstützung in unterschiedlichen Förderschwerpunkten gemeinsam unterrichtet werden, wenn dadurch eine bessere Förderung zu erwarten ist.

(3) 1Die Förderschule ist zugleich Sonderpädagogisches Förderzentrum. 2Das Sonderpädagogische Förderzentrum unterstützt die gemeinsame Erziehung und den gemeinsamen Unterricht an allen Schulen mit dem Ziel, Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung eine bestmögliche schulische und soziale Entwicklung zu gewährleisten.

(4) 1In der Förderschule können Schülerinnen und Schüler aller Schuljahrgänge unterrichtet werden. 2In dem Förderschwerpunkt Lernen einer Förderschule werden Schülerinnen und Schüler ab dem 5. Schuljahrgang unterrichtet.

(5) § 6 Abs. 3 und 4 sowie § 9 Abs. 3 gelten entsprechend.“

4. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird gestrichen.
- b) Die bisherigen Absätze 3 bis 5 werden Absätze 2 bis 4.

5. § 23 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 5 werden die Worte „sonderpädagogischen Förderbedarfs“ ersetzt durch die Worte „Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung“.
- b) Absatz 3 wird gestrichen.
- c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.
- d) Im neuen Absatz 3 Satz 1 wird die Verweisung „Absätzen 1 bis 3“ durch die Verweisung „Absätzen 1 und 2“ ersetzt.

6. In § 38 a Abs. 3 Nr. 3 wird der Klammerzusatz „(§ 21 Abs. 4)“ durch den Klammerzusatz „(§ 21 Abs. 3)“ ersetzt.

7. In § 54 Abs. 5 Satz 1 wird die Verweisung „§ 21 Abs. 4 Satz 1“ durch die Verweisung „§ 21 Abs. 3 Satz 1“ ersetzt.

8. In § 56 Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „sowie § 68 Abs. 3“ gestrichen.

9. § 59 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Versetzung“ ein Komma und das Wort „Überweisung“ eingefügt.
- b) In Absatz 4 werden die Sätze 5 und 6 gestrichen.
- c) Es wird der folgende neue Absatz 5 eingefügt:

„(5) 1Eine Schülerin oder ein Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung kann mit Zustimmung der Schulbehörde an die Schule einer anderen, für sie oder ihn geeigneten Schulform überwiesen werden, wenn dadurch dem individuellen Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung besser entsprochen werden kann. 2Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der an der Berufsfachschule nicht hinreichend gefördert werden kann, kann an eine Berufseinstiegsschule überwiesen werden. 3Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der in der Berufseinstiegsklasse nicht hinreichend gefördert werden kann, kann in ein Berufsvorbereitungsjahr überwiesen werden.“

- d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

10. § 60 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 werden nach der Verweisung „§ 59 Abs. 4 Sätze 3 und 4“ die Worte „und Abs. 5 Satz 1“ eingefügt.

- bb) Nummer 4 erhält folgende Fassung:
- „4. die Voraussetzungen und das Verfahren für die Feststellung eines Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung,“.
- cc) Nummer 5 wird gestrichen.
- dd) Die bisherigen Nummern 6 bis 8 werden Nummern 5 bis 7.
- b) In Absatz 2 wird im einleitenden Satzteil die Verweisung „Absatz 1 Nr. 6“ durch die Verweisung „Absatz 1 Nr. 5“ ersetzt.
11. § 61 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Es wird die folgende neue Nummer 5 eingefügt:
- „5. Überweisung an eine Förderschule,“.
- bb) Die bisherigen Nummern 5 und 6 werden Nummern 6 und 7.
- b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:
- (4) 1Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nrn. 3 bis 7 setzt voraus, dass die Schülerin oder der Schüler durch den Schulbesuch die Sicherheit von Menschen ernstlich gefährdet oder den Schulbetrieb nachhaltig und schwer beeinträchtigt hat. 2Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 5 setzt außerdem voraus, dass zu erwarten ist, dass eine Schülerin oder ein Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung aufgrund ihrer oder seiner Behinderung auch in Zukunft durch den Schulbesuch die Sicherheit von Menschen ernstlich gefährden oder den Schulbetrieb nachhaltig und schwer beeinträchtigen wird. 3Die Verweisung von der oder allen Schulen darf nur im Sekundarbereich II, jedoch nicht bei berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern, angeordnet werden. 4Für die Dauer einer Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 3 und nach Anordnung einer Maßnahme nach Absatz 3 Nrn. 4 bis 7 darf die Schülerin oder der Schüler das Schulgelände nicht betreten, während dort Unterricht oder eine andere schulische Veranstaltung stattfindet; Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung. 5Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 7 kann auch nach Verlassen der Schule von der bislang besuchten Schule angeordnet werden.“
12. § 67 Abs. 4 erhält folgende Fassung:
- „(4) 1Jugendliche, die nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen und die aufgrund der Art oder des Umfangs ihres Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung
1. eine für sie geeignete außerschulische Einrichtung besuchen,
 2. an einer Maßnahme der beruflichen Eingliederung in einer Werkstatt für Behinderte teilnehmen oder
 3. in einem Berufsbildungswerk beruflich ausgebildet werden,
- erfüllen ihre Schulpflicht durch den Besuch der Berufsschule mit Teilzeit- oder Blockunterricht. 2Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, die sich in einer Werkstatt für Behinderte in der Arbeits- und Trainingsphase befinden, können die Berufsschule besuchen, auch wenn sie nicht mehr schulpflichtig sind.“
13. § 68 wird gestrichen.
14. In § 70 Abs. 5 wird die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 6“ durch die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 7“ ersetzt.
15. In § 73 Satz 2 werden die Worte „Schulen für Schülerinnen und Schüler mit geistigen Behinderungen“ durch die Worte „im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung einer Förderschule“ ersetzt.

16. In § 106 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 wird die Verweisung „Absatz 8 Satz 1 Nr. 2“ durch die Verweisung „Absatz 9 Satz 1 Nr. 2“ ersetzt.
17. § 114 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:
- „2. der 11. und 12. Schuljahrgänge im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung der Förderschulen,“.
18. § 141 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- In Satz 1 wird die Verweisung „§§ 4 bis 6, 9 bis 22 und 23 Abs. 3“ durch die Verweisung „§§ 4 bis 6 und §§ 9 bis 22“ ersetzt.
 - Satz 2 wird gestrichen.
 - Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.
19. § 150 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Förderbedarf“ ersetzt durch die Worte „Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung“ ersetzt.
 - Absatz 7 wird wie folgt geändert:
 - Satz 1 erhält folgende Fassung:

„1Für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, die gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern unterrichtet werden, wird der Schülerbetrag wie folgt erhöht:“.
 - Satz 2 erhält folgende Fassung:

„2Für jede erteilte Jahresunterrichtsstunde, die dem festgestellten Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung entspricht, wird zusätzlich der Stundensatz nach Absatz 3 Satz 2 Nr. 1 Buchst. f gewährt.“
20. In § 155 Abs. 1 Satz 9 werden die Worte „entsprechend einem festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf in einer genehmigten Integrationsklasse oder bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 4 mit Zustimmung der Schulbehörde“ durch die Worte „mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung“ ersetzt.
21. § 162 Satz 1 erhält folgende Fassung:
- „1Kinder und Jugendliche mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung können ihre Schulpflicht auch durch den Besuch einer anerkannten Tagesbildungsstätte erfüllen.“
22. In § 164 Abs. 1 werden die Worte „geistigen Behinderungen“ durch die Worte „Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung“ ersetzt.
23. Nach § 183 b wird der folgende neue § 183 c eingefügt:
- „§ 183 c
- Übergangsvorschriften zur inklusiven Schule
- (1) 1Die §§ 4 und 14 sind für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung erstmals auf die Schuljahrgänge anzuwenden, die sich im Schuljahr 2013/2014 im 1. oder 5. Schuljahrgang befinden. 2Die §§ 4 und 14 sind bereits auf den Schuljahrgang anzuwenden, der sich im Schuljahr 2012/2013 im 1. Schuljahrgang befindet, wenn der Schulträger der Grundschule zu den nach § 108 Abs. 1 Satz 1 nach Maßgabe des Absatzes 2 für die inklusive Schule erforderlichen Maßnahmen bereit ist. 3Im Übrigen sind die §§ 4, 14 und 68 in der bis zum 31. Juli 2012 geltenden Fassung weiter anzuwenden.

- (2) Für den Primarbereich ist in den Förderschwerpunkten Emotionale und Soziale Entwicklung, Geistige Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung, Sehen und Hören § 108 Abs. 1 Satz 1 bis zum 31. Juli 2018 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Schulträger zur Errichtung der erforderlichen Schulanlagen, zur Ausstattung mit der notwendigen Einrichtung und zur ordnungsgemäßen Unterhaltung von inklusiven Schulen nur in soweit verpflichtet ist, als jede Schülerin und jeder Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung eine Grundschule als inklusive Schule unter zumutbaren Bedingungen erreichen können muss.
- (3) Für den Sekundarbereich I ist § 108 Abs. 1 Satz 1 bis zum 31. Juli 2018 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Schulträger zur Errichtung der erforderlichen Schulanlagen, zur Ausstattung mit der notwendigen Einrichtung und zur ordnungsgemäßen Unterhaltung von inklusiven Schulen nur insoweit verpflichtet ist, als jede Schülerin und jeder Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung
 1. eine Hauptschule oder eine Oberschule, eine Realschule oder eine Oberschule sowie ein Gymnasium oder,
 2. soweit Schulträger durch Verordnung nach § 106 Abs. 8 Satz 4 von der Pflicht befreit sind, Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien zu führen, eine Gesamtschule als inklusive Schule unter zumutbaren Bedingungen erreichen können muss.
- (4) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 2 können Schülerinnen und Schüler, die am 31. Juli 2012 den Primarbereich einer Förderschule im Förderschwerpunkt Lernen besuchen, dort weiter unterrichtet werden, bis sie den Primarbereich verlassen.
- (5) 1Für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, die am 31. Juli 2012 eine Integrationsklasse besuchen, kann eine Integrations-klasse in den nachfolgenden Schuljahrgängen geführt werden, bis diese Schülerinnen und Schüler den jeweiligen Schulbereich verlassen. 2§ 23 Abs. 3 in der bis zum 31. Juli 2012 geltenden Fassung ist weiterhin anzuwenden.

Artikel 2

Aufhebung der Verordnung zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs

Die Verordnung zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs vom 1. November 1997 (Nds. GVBl. S. 458) wird aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. August 2012 in Kraft.
- (2) Die Landesregierung überprüft bis zum 31. Juli 2018 die Auswirkungen dieses Gesetzes.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Anlass und Ziel

Am 13.12.2006 haben die Vereinten Nationen das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention, BGBl. 2008 II, S. 1420) verabschiedet. Der Bundestag hat am 28.12.2008 das „Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ sowie das Fakultativprotokoll vom 13.12.2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beschlossen (BT-Drs. 16/11197). Der Bundesrat hat dem Gesetz ohne

Einwendungen zugestimmt (BR-Drs. 760/08). Die UN-Behindertenrechtskonvention ist daher in Deutschland geltendes Recht. Subjektive Rechte erzeugt die UN-Behindertenrechtskonvention jedoch nicht. Die Vertragsstaaten sind nach Art. 4 der UN-Behindertenrechtskonvention vielmehr gehalten, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Umsetzung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte zu treffen sowie alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Änderung oder Aufhebung bestehender Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken zu treffen, die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen darstellen. Die Länder sind demnach verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention durch Landesgesetz umzusetzen. Mit diesem Gesetzentwurf wird Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention auf der Grundlage des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 20.10.2011 über die „Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen“ umgesetzt.

Die Konvention konkretisiert die Menschenrechte für die speziellen Bedürfnisse und Lebenslagen von Menschen mit Behinderung. Sie steht für einen konsequenten Wechsel vom staatlichen Fürsorge-Prinzip hin zum Recht auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Die Konvention hat einen Perspektivwechsel eingeleitet, der durch den Begriff „Inklusion“ gekennzeichnet ist. Inklusion bedeutet die umfassende und uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben jedes Einzelnen.

Die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz für die „Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen“ gehen von einem umfassenden Konzept menschlichen Zusammenlebens aus. Inklusion in diesem Sinne bedeutet für den Bereich Schule einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung für alle und das Erkennen sowie Überwinden von Barrieren. Barrierefreiheit bedeutet, dass Gegenstände, Medien und Einrichtungen so gestaltet werden, dass sie von jedem Menschen unabhängig von einer eventuell vorhandenen Behinderung uneingeschränkt genutzt werden können und beschränkt sich nicht nur auf die Zugänglichkeit von Bauwerken.

Nach dem Verständnis der Behindertenrechtskonvention gehören zu den Menschen mit Behinderungen Kinder und Jugendliche, die langfristige körperliche, seelische, geistige Beeinträchtigungen oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Insofern ist der Behinderungsbegriff der Konvention ein offener, an Teilhabe orientierter Begriff. Sofern sonderpädagogische Fachlichkeit erforderlich ist, handelt es sich nachfolgend um Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung (vgl. Neuregelung in Nr. 1, § 4).

Inklusive Bildungsangebote ermöglichen Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen und einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung den barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zu allen Angeboten des Unterrichts und der Erziehung in der Schule, zu den Angeboten der verschiedenen Bildungsgänge und des Schullebens.

Mit dem Gesetz wird das Ziel verfolgt, dass in Niedersachsen Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung an jedem Lernort ihren Bedürfnissen und Ansprüchen entsprechend lernen können, die notwendige Qualität und der erforderliche Umfang an Unterstützung für alle Schülerinnen und Schüler gesichert sind, die Zusammenarbeit aller an der Förderung eines Kindes bzw. Jugendlichen beteiligten Personen und Institutionen gewährleistet ist und sonderpädagogische Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote ein qualitativ hochwertiges gemeinsames Lernen ermöglichen. Die Gesetzesänderungen verlangen auch die Berücksichtigung des Kindeswohls, wie es in Art. 7 Abs. 2 der UN-Behindertenrechtskonvention und Art. 3 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (BGBl. 1992, Teil II, S. 990) gefordert wird und wie es auch der Bundestag von den Ländern in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erwartet (Beschluss des Bundestags vom 08.07.2011, BT-Drs. 17/4862 und 17/6155).

In Niedersachsen knüpft die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an die bereits seit Jahren ausgeweiteten Maßnahmen (z.B. Regionale Integrations-Konzepte) zur gemeinsamen Erziehung und zum gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischer Förderbedarf mit anderen Schülerinnen und Schülern an allgemeinen Schulen an. Sie ist

damit die Fortschreibung der 1993 im Niedersächsischen Schulgesetz eingeführten Möglichkeit der Integration in der Schule (§ 4 NSchG).

Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung sollen künftig grundsätzlich wählen können, ob ihre Kinder eine allgemeine oder eine Förderschule besuchen sollen.

Dabei bleiben Förderschulen - mit Ausnahme des Primarbereichs der Förderschule Schwerpunkt Lernen - bestehen, um die Wahl des bestgeeigneten Lernorts sicherzustellen. Förderschulen können mit den Förderschwerpunkten Lernen (Sekundarbereich I), Sprache, Emotionale und Soziale Entwicklung, Geistige Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung, Sehen und Hören geführt werden.

Grundschulen nehmen grundsätzlich Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung in den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache auf. Sie werden hierfür schrittweise (aufsteigend ab Klasse 1) mit einer sonderpädagogischen Grundversorgung (Förderschullehrerstunden) ausgestattet.

In allen allgemeinen Schulen werden künftig Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung aufgenommen. Dabei trägt der Gesetzentwurf dem in der UN-Behindertenrechtskonvention ermöglichten progressiven Realisierungsvorbehalt Rechnung. Die inklusive Schule wird aufsteigend eingeführt (vgl. Nr. 23 des Gesetzentwurfs, § 183 c) und ermöglicht übergangsweise bis 2018 die Beschulung in allgemeinen Schwerpunktschulen.

II. Haushaltmäßige Auswirkungen

Zu den Kosten für das Land:

Der vorliegende Entwurf sieht eine Wahlfreiheit für eine allgemeine Schule oder eine Förderschule vor. Inklusive Bildungsangebote sollen Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen und einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung den gleichberechtigten Zugang zu allen Angeboten des Unterrichts ermöglichen.

Insbesondere für den Ausbau der sonderpädagogischen Grundversorgung, die zu erwartenden Änderungen bei der Klassenbildung und die Erhöhung des Förderkontingents für Schulen in sozialen Brennpunkten entstehen Mehrbedarfe.

Die Berechnung orientiert sich im Wesentlichen an den Ressourcen, die für die schon bestehenden Regionalen Konzepte (sonderpädagogische Grundversorgung, Mobile Dienste) aufgewendet werden und geht von einer flächendeckenden Ausweitung aus. Die sonderpädagogische Unterstützung von betroffenen Schülerinnen und Schülern im all-gemein bildenden Schulbereich bedingt zusätzliche Stellen für Förderschullehrkräfte. An Grundschulen und weiterführenden Schulen werden kleinere Lerngruppen ausgewiesen, um eine günstigere Fördersituation für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung zu ermöglichen.

Da die Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen (Sekundarbereich I), Sprache, Emotionale und Soziale Entwicklung, Geistige Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung, Sehen und Hören – mit Ausnahme des Primarbereichs der Förderschule Schwerpunkt Lernen – im Rahmen der Wahlfreiheit bestehen bleiben sollen, ergeben sich insoweit Ersparnisse nur auf Grund ggf. zurückgehenden Schülerzahlen.

Minderbedarfe entstehen außerdem durch den schrittweisen Wegfall der Förderschule Lernen im Primarbereich und durch die Ablösung der bisherigen Instrumente zur Sonderpädagogischen Förderung durch die neuen Inklusionsverfahren. Hierzu zählen die Zusammenarbeit der Grundschulen mit den Förderschulen, der Sprachsonderunterricht an Grundschulen sowie die dann schrittweise auslaufenden Integrationsklassen mit dem Schwerpunkt Lernen im Primarbereich.

Es ist vorgesehen, die Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion aufsteigend ab dem Schuljahr 2012/2013 in dem Schuljahrgang 1 und ab dem Schuljahrgang 2013/2014 im Schuljahrgang 5 der allgemeine Schulen einzuführen. Hieraus folgt ein stufenweiser Anstieg der Mehrbelastungen.

Stellt man die Mehrbedarfe und die Einsparungen gegenüber, so sind folgende Haushaltsmehrbelastungen zu erwarten:

Schuljahr	2012/2013	2013/2014	2014/2015	2015/2016	2016/2017	2017/2018	2018/2019	Insgesamt
Bedarf in Stellen	215	305	345	385	370	370	300	2.290
Gewinne in Stellen	175	160	205	280	180	180	155	1.335
Mehrbedarf in Stellen	40	145	140	105	190	190	145	955
Haushaltsjahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	insgesamt
Bedarf in EUR	783.333	4.719.583	11.436.667	17.331.250	23.930.833	32.860.833	40.909.583	44.885.000

Zu den Kosten für die Schulträger:

Die Schulträger werden ab 2018 die Schulen bei Bedarf im Einzelfall so ausstatten müssen, dass diese von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung barrierefrei besucht werden können. Bis zu diesem Zeitpunkt bestimmen die Schulträger durch die Festlegung von Schwerpunktschulen (vgl. § 183 c), an welchen Schulen sie ggf. eine inklusive Beschulung ermöglichen wollen und können damit ggf. entstehenden Investitionsaufwand steuern und verringern.

Aufwendungen für die Schulträger im Rahmen der Einrichtung inklusiver Bildungsangebote könnten sich im Hinblick auf bauliche (Rampen, Lifts, Behindertentoiletten) und räumliche Ausstattungen (z.B. schallisolierende Maßnahmen) beziehen. Nicht auszuschließen sind auch Auswirkungen für die Sozialhilfeträger hinsichtlich ihrer Aufgabe der Eingliederungshilfe nach SGB XII.

Die Schulträger sind nach § 48 Abs. 1 Nr. 5 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) i.V.m. § 29 der Durchführungsverordnung ohnehin (DVNBauO) verpflichtet, Schulen so auszustatten, dass diese Schulen von Menschen mit Behinderung, besonders Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern, ohne fremde Hilfe zweckentsprechend besucht und benutzt werden können.

Die aufgrund der Einführung der inklusiven Schule notwendigen Aufwendungen sind nicht erheblich i.S.v. Art. 57 Abs. 4 NV. Ein Ausgleich wäre nach Art. 57 Abs. 4 NV nur für die erheblichen und notwendigen Kosten zu regeln, soweit sie aus Anlass dieses Gesetzes entstehen.

Die Auswirkungen der Einrichtung von inklusiven Bildungsangeboten im Hinblick auf ggf. notwendige Aufwendungen der Schulträger lassen sich nur durch eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Personengruppen unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklungen sowie das Einbeziehen von Vermutungen über künftige Entwicklungen darstellen.

Festzuhalten ist, dass in den zurückliegenden Jahrzehnten Schülerinnen und Schüler mit erheblichem Unterstützungsbedarf aufgrund körperlicher Behinderungen oder aufgrund von Sehbehinderungen und Hörbehinderungen allgemeine Schulen besucht haben und die Schulträger soweit erforderlich entsprechende bauliche, räumlich-sächliche Ausstattungen vorgehalten haben. Es handelt sich um 1.278 Schülerinnen und Schüler, die von Mobilen Diensten unterstützt werden. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, für die besondere Aufwendungen in baulicher und räumlich-sächlicher Hinsicht zu erbringen waren, ist nicht bekannt.

Es wird davon ausgegangen, dass inklusive Bildungsangebote in Bezug auf diese Förderschwerpunkte (Körperliche und Motorische Entwicklung, Sehen, Hören) weiterhin etwa in vorhandenem Umfang in Anspruch genommen werden – mit einer leicht steigenden Tendenz (siehe Förderschwerpunkte).

Ein weiterer Anteil von Kindern mit Beeinträchtigungen im o. a. Sinne besucht mit steigender Tendenz Integrationsklassen in allgemeinen Schulen (2011: 364 Kinder und Jugendliche mit einem sonderpädagogischem Förderbedarf im Schwerpunkt Geistige Entwicklung).

Nachfolgend folgt eine Betrachtung möglicher Aufwendungen unter dem Aspekt der Förderschwerpunkte. Ausgegangen wird dabei von einem über zunächst vier Jahre vermuteten jährlichen Bedarf an zusätzlichen Aufwendungen. Darüber hinaus werden die veränderten Anlagen überwiegend auch durch die nachwachsende Schülerzahl genutzt werden können, ohne dass neue Aufwendungen erforderlich werden.

Die beabsichtigte Einrichtung inklusiver Bildungsangebote betrifft in besonderem Umfang und mit besonderer Schwerpunktsetzung zunächst den Personenkreis der Schülerinnen und Schüler, die einen Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen haben. Dieser Personenkreis umfasst mehr als 50 % aller Kinder und Jugendlichen mit einem festgestellten Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung (18.100 von 35.541). Dieser Personenkreis benötigt in der Regel keinerlei besondere bauliche oder räumlich-sächliche Ausstattungen.

Ebenfalls sind die Personenkreise der Kinder und Jugendlichen mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung (3.412 Kinder und Jugendliche) sowie Sprache (3.718 Kinder und Jugendliche) nur in ausgesprochen seltenen Fällen betroffen.

Der Personenkreis der Schülerinnen und Schüler mit einem Förderbedarf im Bereich Sehen umfasst etwa 270 Personen. Für diesen Personenkreis sind besondere zusätzliche baulich-räumliche Anstrengungen nur in begrenztem Umfang herzustellen. Zusätzliche Ausstattungen sind in einem überschaubaren Rahmen einzuschätzen, da davon ausgegangen wird, dass die vorhandenen Angebote institutioneller sonderpädagogischer Förderung weiterhin in diesem Umfang wahrgenommen werden. Aufwendungen werden voraussichtlich für höchstens 10 Kinder oder Jugendliche entstehen.

Gleiches trifft weitgehend auf den Förderschwerpunkt Hören zu (881 Schülerinnen und Schüler). Eine Ausweitung inklusiver Bildungsangebote in der allgemeinen Schule könnte zu notwendigen räumlichen Ausstattungen (Schalldämpfung) führen. Hinzuweisen ist aber darauf, dass der weitaus größte Teil keinerlei zusätzlicher baulicher, räumlich-sächlicher Ausstattung bedarf. Ein erheblicher Teil dieses Personenkreises wird weiterhin die vier Landesbildungszentren wegen ihrer umfassenden Angebote in Anspruch nehmen. Aufwendungen werden voraussichtlich für höchstens 10 Kinder oder Jugendliche entstehen.

Bezogen auf den Personenkreis der Kinder und Jugendlichen mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung ist davon auszugehen, dass eine große Anzahl dieser Personen keine gravierenden körperlichen Beeinträchtigungen aufweist, so dass keine besonderen baulichen Veränderungen vorzunehmen sind. Zudem ist davon auszugehen, dass die Eltern dieser Kinder weiterhin eine exklusive Beschulung wünschen und damit nur eine sehr geringe Anzahl von Schülerinnen und Schülern dieses Personenkreises die Aufnahme in allgemeine Schulen beantragen wird. Diese Einschätzung gründet einerseits auf den Umfängen, die sich aus der Einrichtung und Führung von Integrationsklassen über die letzten zehn Jahre zeigen. Sie gründet zum anderen auf der Einschätzung, dass Eltern und Erziehungsberechtigte von Kindern und Jugendlichen dieses Personenkreises die besonderen Angebote der spezifischen Förderschulen akzeptieren, insbesondere in Bezug auf die räumlich-sächliche Ausstattung, den hohen Betreuungsschlüssel und die Öffnungszeiten (ganztägiger Unterricht) der Schulen. Aufwendungen werden daher voraussichtlich nur für höchstens 100 Kinder oder Jugendliche entstehen.

Der Personenkreis der Kinder und Jugendlichen mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Bereich Körperliche und Motorische Entwicklung umfasst etwa 2.200 Personen in allen Schuljahrgängen. Auch hier ist aus den selben Gründen wie bei dem Personenkreis der Kinder und Jugendlichen mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung davon auszugehen, dass die Eltern dieser Kinder in erheblichem Umfang weiterhin eine exklusive Beschulung wünschen und nur ein Teil den Antrag stellen wird, inklusive Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Zudem gilt auch hier zusätzlich, dass von diesen nur eine gewisse Anzahl von Kindern und Jugendlichen solche Beeinträchtigungen aufweist, die besondere bauliche und räumliche Ausstattungen erforderlich machen. Aufwendungen werden voraussichtlich für höchstens 80 Kinder oder Jugendliche entstehen.

Durch Einführung der inklusiven Schule sind auch keine Aufwendungen durch zusätzliche Klassenräume aufgrund einer erforderlichen Klassenteilung zu rechnen. So wären beispielsweise bei vollständiger Übernahme der Schülerinnen und Schüler aus den Förderschulen Lernen und Sprache an die öffentlichen Grundschulen im Schuljahr 2010/2011 maximal 14.818 Klassen gebildet worden. Im Schuljahr 2004/2005 wurden an den öffentlichen Grundschulen 16.305 Klassen unterrichtet. Damit würde die im Schuljahr 2004/2005 eingerichtete Klassenzahl um mindestens 1.487 Klassen unterschritten. Auf der Basis der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung ist weiterhin von einer sinkenden Schülerzahl im Primarbereich und an den weiterführenden Schulen auszugehen. Insgesamt ist daher anzunehmen, dass durch eine vollständige Übernahme der Schülerinnen und Schüler aus den Förderschulen Lernen und Sprache nicht von einer Überschreitung der im Schuljahr 2004/2005 eingerichteten Klassenanzahl auszugehen ist. Damit müssten die vorhandenen Räumlichkeiten quantitativ uneingeschränkt der Veränderung aus den vorgesehenen Maßnahmen der Inklusion Rechnung tragen können, dies gilt in der Folge auch für die weiterführenden Schulen.

Ersparnisse in den Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen (Sekundarbereich I), Sprache, Emotionale und Soziale Entwicklung, Geistige Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung, Sehen und Hören – mit Ausnahme des Primarbereichs der Förderschule Schwerpunkt Lernen – ergeben sich nur auf Grund ggf. zurückgehender Schülerzahlen, da sie im Rahmen der Wahlfreiheit bestehen bleiben sollen. Minderbedarfe entstehen durch den schrittweisen Wegfall der Förderschule Lernen im Primarbereich und durch die Ablösung der bisherigen Instrumente zur Sonderpädagogischen Förderung durch die neuen Inklusionsverfahren. Hierzu zählen die Zusammenarbeit der Grundschulen mit den Förderschulen, der gesonderte Sprachförderunterricht an Grundschulen sowie die dann schrittweise auslaufenden Integrationsklassen mit dem Schwerpunkt Lernen. Minderausgaben werden sich zudem bei der Schülerbeförderung ergeben. Grundsätzlich ist von verringerten Beförderungskosten auszugehen, wenn die Schülerinnen und Schüler statt zu zentralen Förderschulen („in der Ferne“) lediglich zur nächsten Schule vor Ort befördert werden müssen. Die Verringerung der Beförderungskosten kann beträchtlich sein, weil ein Teil der Kinder und Jugendlichen gegenwärtig durch Einzelbeförderung (z.B. Taxi) auch über große Distanzen befördert wird.

Angenommen wird daher insgesamt ein Bedarf an zusätzlichen Aufwendungen für etwa 200 Kinder und Jugendliche pro Jahr. Dabei unterscheiden sich diese Bedarfe im Einzelfall – je nach Art, Schwere und Umfang der Behinderung. Für diese können je nach Umfang ihrer Behinderung und dem jeweiligen baulichen Zustand der Schule (bis 2018 der Schwerpunktschule) bauliche Maßnahmen erforderlich werden. Der erforderliche Aufwand kann dabei z.B. von einem zusätzlichen Geländer bis zur Montage eines Fahrstuhls reichen, es ist aber mit keinem zusätzlichen Raumbedarf an sich zu rechnen. Die Kosten sind nicht abschätzbar, da sie im Einzelfall zu ermitteln wären. Es wird aufgrund der vorstehenden Überlegungen aber davon ausgegangen, dass sie aber nicht erheblich i.S.v. Art. 57 Abs. 4 NV sind. Eine Überprüfung dieser Annahme soll bis 2018 erfolgen, da die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und unter progressivem Realisierungsvorbehalt steht. In diese Überprüfung sind die gesamten zusätzlichen Kosten, die ihre Ursache in der Wahrnehmung der Möglichkeit einer inklusiven Beschulung haben einzubeziehen. Hierzu gehören neben den Aufwendungen für die Schulträger im Hinblick auf z.B. bauliche und räumliche Ausstattungen auch die finanziellen Auswirkungen für die Träger der Schülerbeförderung sowie die Sozialhilfeträger im Hinblick auf die Eingliederungshilfe nach SGB XII (z.B. für Integrationshelfer).

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Niedersächsisches Schulgesetz):

Zu Nummer 1 (§ 4):

Abs. 1:

Grundlage inklusiver Bildung sind das gemeinsame Lernen und die gemeinsame Erziehung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung.

Mit dieser Regelung wird das Ziel formuliert, dass die Schulen in Niedersachsen grundsätzlich inklusive Schulen sind, die allen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang gewährleisten. Der Begriff der Inklusion ersetzt den Begriff der Integration in Übereinstimmung mit der korrekten Übersetzung der englischen und französischen Fassung der UN-Behindertenrechtskonvention in Art. 24. Abs. 1 (BGBl 2008, Teil II, S. 1436).

Inklusive Bildungsangebote ermöglichen Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen und mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung den gleichberechtigten Zugang zu allen Angeboten des Unterrichts und der Erziehung in Schulen, zu den Angeboten der verschiedenen Bildungsgänge und des Schullebens. Das ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern, im Rahmen eines barrierefreien Unterrichts einen ihren Fähigkeiten gemäßen schulischen Abschluss zu erreichen. Barrierefreiheit bezieht sich sowohl auf den Unterricht, auf die Zugänglichkeit von Schulgebäuden und anderen Lernorten als auch auf Eignung und ggf. Anpassung von Lehr- und Lernmaterialien. Daher sind die Vorbehalte hinsichtlich organisatorischer, personeller und sächlicher Gegebenheiten des geltenden Schulgesetzes aufzugeben. Land und Schulträger sind künftig verpflichtet, die Voraussetzung für eine inklusive Schule zu schaffen. Der Gesetzentwurf trägt dem in der UN-Behindertenrechtskonvention ermöglichten progressiven Realisierungsvorbehalt Rechnung; die inklusive Schule wird aufsteigend eingeführt (vgl. Nr. 23 des Gesetzentwurfs, § 183 c) und ermöglicht bis 2018 die Beschulung in allgemeinen Schwerpunktschulen.

Abs. 2:

Es wird klargestellt, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderung im Regelfall gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern ohne Behinderung unterrichtet werden.

Der Begriff des „sonderpädagogischen Förderbedarfs“ wird aufgegeben. Stattdessen knüpft das NSchG künftig an den Begriff der Behinderung nach dem Verständnis der Behindertenrechtskonvention (Art. 1, BGBl. 2008, Teil II, S. 1423) an. Nach dem Begriff der UN-Behindertenrechtskonvention sind Menschen mit Behinderungen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige Beeinträchtigungen oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Schülerinnen und Schüler mit Behinderung können einen Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung i.S. dieses Gesetzes haben.

Die Vorschrift definiert den Begriff des „Bedarfs an sonderpädagogischen Unterstützung“ anknüpfend an die Behinderung i. S. der UN-Behindertenrechtskonvention. An die Stelle des Konzepts eines „sonderpädagogischen Förderbedarfs“ tritt die Annahme eines individuellen Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung zum Erreichen der schulischen oder der individuellen Bildungsziele. Ob bei Schülerinnen und Schülern ein Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung besteht, wird durch ein spezielles Verfahren festgestellt, vgl. Begründung zu Nummer 10 (§ 60). In diesem werden Art und Umfang der notwendigen individuellen Unterstützung ermittelt. Sonderpädagogische Unterstützungsangebote können bei der einzelnen Schülerin oder dem einzelnen Schüler eine spezifische Ausprägung in bestimmten Bereichen haben, wodurch sich Schwerpunkte bei der Ausrichtung der Angebote ergeben. Diese Schwerpunkte beziehen sich auf Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung, Sprache, Geistige Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung, Sehen und Hören. Die Feststellung der einzelnen Förderschwerpunkte ist weiterhin notwendig, um eine Grundlage für die Zuweisung der notwendigen Ressourcen zu haben und um ggf. lernziendifferenten Unterricht zu begründen.

Zu Nummer 2 (§ 11)

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 3 (§ 14):

Abs. 1:

Es können weiterhin Förderschulen mit den jeweiligen Förderschwerpunkten geführt werden. Der Primarbereich im Förderschwerpunkt Lernen soll schrittweise aufgehoben werden. Alle Grundschulen sollen mit einer sonderpädagogischen Grundversorgung ausgestattet werden. Schülerin-

nen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen besuchen daher künftig die inklusive Grundschule.

Abs. 2:

Notwendige Folgeänderung.

Abs. 3:

Die Aufgaben des Sonderpädagogischen Förderzentrums werden aufgrund der Neuregelungen in Abs. 1 und § 4 neu beschrieben. Stärker als bisher rücken Beratung und Unterstützung der allgemeinen Schulen in den Vordergrund, da zu erwarten ist, dass hier der Bedarf mit der Einführung der inklusiven Schule steigen wird.

Abs. 4 und 5:

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 4 (§ 21):

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 5 (§ 23):

Der Absatz 3 wird gestrichen, da das Prinzip der Integration als Ausdruck eines staatlichen Fürsorgeprinzips ersetzt wird durch den mit Inklusion beschriebenen Anspruch von Menschen mit Behinderung auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe, auch in Schulen. Grundsätzlich wird daher künftig jede Klasse eine inklusive Klasse sein können. Schülerinnen und Schüler, die bereits eine Integrationsklasse besuchen, sollen diese aber weiter besuchen können, bis sie eine weiterführende inklusive Schule besuchen können oder ihre Schullaufbahn beenden (vgl. hierzu die Begründung zu Nr. 23, § 183 c Abs. 4).

Zu Nummer 6 (§ 38 a)

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 7 (§ 54)

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 8 (§ 56):

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 9 (§ 59):

Eine Gesetzesänderung zur Ermöglichung der Wahlfreiheit ist nicht erforderlich (vgl. § 59 Abs. 1 Satz 1). Die insoweit im Schulgesetz bisher bestehenden Einschränkungen (vgl. § 68) werden aufgehoben. Auch die Erziehungsberechtigten von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen haben künftig das Recht auf freie Schulwahl in gleicher Weise wie die Erziehungsberechtigten von anderen Kindern und Jugendlichen. Dasselbe Wahlrecht haben volljährige Schülerinnen und Schüler. Unterstützt werden die Erziehungsberechtigten von Kindern mit Behinderungen bei ihrer Entscheidung durch die Ergebnisse und Empfehlungen des Verfahrens zur Feststellung des Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung. Damit eine weitgehende Berücksichtigung des Kindeswohls möglich ist, soll das Verfahren mit Empfehlungen schließen, welche individuelle Unterstützung des Kindes notwendig ist, welche Maßnahmen erforderlich sind und auch, an welcher Schulform es bestmöglich gefördert werden kann (vgl. Begründung zu Nr. 10, § 60). Daneben bleibt der Dialog zwischen Erziehungsberechtigten und Schule bezüglich der schulischen Entwicklung (§ 55 Abs. 2) und die Unterrichtung der Erziehungsberechtigten durch die Schule über deren Kinder betreffende Vorgänge (§ 55 Abs. 3).

Nach der Feststellung des Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung treffen voll-jährige Schülerinnen und Schüler oder die Erziehungsberechtigten von Kindern mit Behinderung die Wahl der zu besuchenden Schulform in eigener Verantwortung. Wenn aber Elternentscheidungen zu ei-

ner Über- oder Unterforderung der Kinder durch falsche Schulformwahl führen, müssen Kinder vor Scheitern, folgender Lernunlust oder gar völligem Schulversagen geschützt werden. Daher ist es notwendig, dass eine Schulwahlentscheidung der Erziehungsberechtigten im Interesse des Kindeswohls korrigiert werden kann. Eine solche Entscheidung darf nicht schematisch erfolgen, sondern muss im Einzelfall im Lichte der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention und der grundsätzlichen Wahlfreiheit sowie einer pädagogischen Prognose getroffen werden. Bei Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung erfordert die Überweisung an eine andere Schulform daher die Zustimmung der Schulbehörde. Damit wird auch Art 7. Abs. 2 der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung getragen, der verlangt, dass bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, der Gesichtspunkt des Wohls des Kindes vorrangig zu berücksichtigen ist.

Die Vorschriften, die eine Überweisung an eine Schule einer anderen Schulform unabhängig von der Versetzung betreffen, werden in einem Absatz zusammengefasst.

Zu Nummer 10 (§ 60):

Das bisherige Verfahren zur Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs wird durch ein Verfahren zur Feststellung eines Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung abgelöst. In diesem Verfahren wird geprüft, ob Bedarf an Unterstützung bei einem Kind besteht, welcher Art dieser Bedarf ist und durch welche Maßnahmen dem Bedarf insbesondere am Bildungsort allgemeine Schule zu entsprechen ist.

Zu Nummer 11 (§ 61):

Fehlverhalten von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung kann grundsätzlich derselbe Katalog von Erziehungsmitteln und Ordnungsmaßnahmen wie bei anderen Schülerinnen und Schülern entgegengesetzt werden.

Bei besonders schwerem Fehlverhalten, das die Sicherheit von Menschen ernstlich gefährdet oder den Schulbetrieb nachhaltig und schwer beeinträchtigt und eine Überweisung an eine andere Schule zur Folge hat, werden auch Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung grundsätzlich an eine Schule derselben Schulform zu überweisen sein. Der Schutz der anderen am Schulleben beteiligten Personen sowie die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebs können das Recht der Erziehungsberechtigten auf freie Schulformwahl (vgl. § 59 Abs. 1 Satz 1) jedoch einschränken. Wenn das beeinträchtigende Verhalten in engem Zusammenhang mit der Art der Behinderung der Schülerin oder des Schülers steht und aufgrund einer Prognose zu erwarten ist, dass sie oder er auch künftig solche erheblichen Störungen herbeiführen wird, besteht als ultima ratio die Möglichkeit der Überweisung an eine geeignete Förderschule.

Zu Nummer 12 (§ 67):

Redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 13 (§ 68):

Diese Vorschrift wird entbehrlich. Denn für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung gelten hinsichtlich ihrer Schulpflicht (vgl. § 58) oder der Schulwahl durch die Erziehungsberechtigten (vgl. § 59) grundsätzlich dieselben Regelungen wie für Schülerinnen und Schüler ohne Behinderung. Eine Besonderheit bleibt die Erfüllung der Schulpflicht in einer anerkannten Tagesbildungsstätte (vgl. § 162).

Zu Nummer 14 (§ 70):

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 15 (§ 73):

Redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 16 (§ 106):

Notwendige Korrektur.

Zu Nummer 17 (§ 114):

Redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 18 (§ 141):

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 19 (§ 150):

Redaktionelle Anpassung und in Satz 2 Berichtigung einer Verweisung.

Zu Nummer 20 (§ 155):

Notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 21 (§ 162):

Redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 22 (§ 164):

Redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 23 (§ 183 c):

Zu Abs. 1:

Diese Vorschrift regelt die aufsteigende Einführung der Vorschriften § 4 und § 14 in den Schulbereichen. Ab dem Schuljahr 2012/2013 können die Schulträger der Grundschulen mit der inklusiven Schule beginnen, ab Schuljahr 2013/2014 müssen sie dieses.

Zu Abs. 2 und 3:

Inklusive Bildungsangebote werden in allen allgemeinen Schulen in einem längerfristigen Prozess eingerichtet. Diese Regelung ermöglicht den Schulträgern innerhalb eines angemessenen Zeitraums, seine Schulen bei einem entsprechenden Bedarf sukzessive zu inklusiven Schulen auszustatten. Bis dahin können die Schulträger ihrer Verpflichtung, die erforderlichen Schulanlagen zu errichten, einzurichten und auszustatten (§ 108 Abs. 1) auch dadurch nachkommen, dass sie sog. Schwerpunktschulen bestimmen. Dabei muss gewährleistet sein, dass Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung wenigstens eine inklusive allgemeine Schule in zumutbarer Entfernung erreichen können. Diese muss nicht zwingend im Gebiet des Schulträgers liegen. Die Regelung bietet den Schulträgern Gelegenheit auch im Wege interkommunaler Zusammenarbeit den Anforderungen an inklusive Schulen zu entsprechen.

Zu Abs. 4:

Der Primarbereich der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen wird aufgehoben. Der Primarbereich der allgemeinen Schulen wird aufsteigend ab dem Schuljahr 2012/13 allen Schülerinnen und Schülern auch mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung in den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache zugänglich sein. Schülerinnen und Schüler, die bereits den Primarbereich einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen besuchen, können diese weiter besuchen.

Zu Abs. 5:

Mit der inklusiven Schule entfällt der Bedarf an Integrationsklassen (vgl. Begründung zu Nr. 5, § 23). Schülerinnen und Schüler, die bereits Integrationsklassen an allgemeinen Schulen besuchen, sollen diese weiter besuchen können, bis sie eine weiterführende inklusive Schule besuchen können oder ihre Schullaufbahn beenden.

Zu Artikel 2:

Die Verordnung wird aufgehoben. An ihre Stelle soll eine Verordnung zur Feststellung des Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung treten.

Zu Artikel 3:

Artikel 3 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes und eine Überprüfung der Auswirkungen dieses Gesetzes. Es wird zwar davon ausgegangen, dass diese nicht erheblich i.S.v. Art. 57 Abs. 4 NV sind. Eine Überprüfung dieser Annahme soll aber bis 2018 erfolgen. Dabei sind für die Schulträger und die Träger der Schülerbeförderung die Kommunalen Spitzenverbände zu beteiligen. In diese Überprüfung sind die gesamten zusätzlichen Kosten, die ihre Ursache in der Wahrnehmung der Möglichkeit einer inklusiven Beschulung haben einzubeziehen. Hierzu gehören neben den Aufwendungen für die Schulträger im Hinblick auf z.B. bauliche und räumliche Ausstattungen auch die finanziellen Auswirkungen für die Träger der Schülerbeförderung sowie die Sozialhilfeträger im Hinblick auf die Eingliederungshilfe nach SGB XII (z.B. für Integrationshelfer).

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler MdL
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr MdL
Fraktionsvorsitzender



STADT HELMSTEDT

Der Bürgermeister

Stadt Helmstedt, Postfach 16 40, 38336 Helmstedt

Niedersächsischer Städtetag
Prinzenstraße 23
30159 Hannover

Ihr/e Ansprechpartner/-in

Fachbereich Jugend, Schulen und Sport

Herr Leppin

**Neumärker Straße 1, 3. Obergeschoss
Durchwahl: 17-1200**

E-Mail: carsten.leppin@stadt-helmstedt.de

Rathaus, Markt 1 38350 Helmstedt

Telefon: (05351) 170 Vermittlung

Telefax: (05351) 595714

Steuer-Nr. 28/200/03006

USt-IdNr. DE115861636

E-Mail: rathaus@stadt-helmstedt.de

Internet: <http://www.stadt-helmstedt.de>

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 08.30 – 12.15 Uhr
Mo und Do 14.00 – 17.00 Uhr

P (nur für PKW) Holzberg

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
03.11.2011, 4.31/2011

(Bei Antwort bitte angeben)
Unser Zeichen
12

Datum
09.11.2011

Gesetzesentwurf zur Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen; Landtagsdrucksache 16/4137

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinsichtlich der aus inklusiver Beschulung für die Stadt Helmstedt als Trägerin von fünf Grundschulen sowie einer Grundschulaußenstelle erwachsenden baulichen Anforderungen an die Schulgebäude und die daraus resultierenden Kostenfolgen nehmen wir zunächst auf unser kürzliches Schreiben vom 11.10.2011 Bezug, mit dem wir Ihnen für drei Fälle von behinderten Kindern ausführlich dargestellt haben, welche Problem- und Spannungsfelder sich hier vor Ort bereits ohne gesetzliche Normierung dieser Beschulungsform ergeben haben. Dies betrachten wir als einen „Vorgeschmack“ auf dasjenige, was wir bei Inkrafttreten des Gesetzesentwurfes voraussichtlich noch zu erwarten haben werden. Bei alledem ist es uns selbstverständlich wichtig zu betonen, dass wir uns keinesfalls gegen die Inklusion behinderter Kinder in Regelschulen wenden wollen. Auch wir sehen es als richtig an, behinderten Schülerinnen und Schülern insoweit Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Lediglich der vom Landesgesetzgeber diesbezüglich angedachte Weg und die Verkennung der für den Sachaufwandsträger entstehenden Kostenlast stoßen bei der Stadt Helmstedt als Schulträgerin auf Ablehnung.

Dies vorangestellt erlauben wir uns zu dem o.a. Gesetzesentwurf folgende Hinweise für den hier geführten Primärbereich:

1. In der Gesetzesbegründung wird betont, dass Inklusion an bereits bestehende Integrationsmaßnahmen anknüpfe und diese fortschreibe. Die städtischen Grundschulen nehmen diesbezüglich gemäß entsprechender Genehmigung durch das MK am Regionalen Integrationskonzept des Landkreises Helmstedt teil, in dessen Rahmen die sonderpädagogische

gogische Grundversorgung von Schülerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten in den Bereichen Lernen, Sprache und Verhalten geregelt wird. Diese Beschulungen werden von uns als Sachaufwandsträger aufgrund der vorliegenden Behinderungen hinsichtlich der Anforderungen an die Schulgebäude grundsätzlich kostenneutral abgewickelt. Die o.a. vom Land als „bloße Fortschreibung“ bezeichnete Maßnahme bedeutet also vielmehr den **erstmaligen** Einstieg in eine flächendeckende Beschulung von insbesondere auch körperbehinderten Kindern, die namhafte Folgekosten für Baumaßnahmen generieren wird und die nicht mehr – wie bislang unter § 4 NSchG geregelt – unter dem Vorbehalt der sächlichen Gegebenheiten steht.

2. Den Eltern soll eine uneingeschränkte Wahlfreiheit für eine allgemeinbildende Schule oder eine Förderschule zugestanden werden, damit nach den Vorstellungen des Landes der Zugang zu allen Unterrichtsangeboten ermöglicht werde. Eine solche Regelung macht die ohnehin schwer planbaren Zahlen behinderter Kinder im hiesigen Einzugsbereich im wahrsten Sinne des Wortes „unberechenbar“. Hier sollte das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern angemessene Schranken erhalten, die die Planbarkeit für den Sachaufwandsträger erleichtern, aber dennoch selbstverständlich die Mindestanforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention sicherstellen. Gerade bei etwaigen Mehrfachbehinderungen stellt sich für uns die Frage, ob die Durchführung inklusiver Beschulung nicht möglicherweise an ihre Grenzen stößt. Die Eröffnung einer uneingeschränkten Wahlfreiheit sollte vom Land insoweit nochmals überdacht werden.
3. Das Land plant, kleinere Lerngruppen auszuweisen, um günstigere Fördersituationen zu ermöglichen. Auch wenn ein solcher Schritt aus pädagogischer Sicht sicherlich zwingend sein dürfte, geht die Annahme des Landes, dass aufgrund insgesamt rückläufiger Schülerzahlen daraus kein zusätzlicher Raumbedarf resultiert, fehl. Das Ganze ist aus unserer Sicht quasi „von der anderen Seite aus“ zu betrachten: Gerade wegen der vom Land richtig dargestellten demographischen Entwicklung wird die Stadt Helmstedt in der eben begonnenen Wahlperiode aus Gründen der Haushaltskonsolidierung prüfen müssen, ob und inwieweit eine städtische Grundschule aufzuheben sein wird. Die aktuellen und zu erwartenden Schülerzahlen gebieten diesen Schritt sogar zwingend. Für die entsprechenden Planungen der Stadt sind insoweit vor diesem Hintergrund die Schülerhöchstzahlen nach dem sog. Klassenbildungserlass von entscheidender Bedeutung. Wenn das Land aber eine Veränderung (= Senkung) dieser maßgeblichen Schülerhöchstzahlen beabsichtigt, können sich zwangsläufig wegen erhöhten rechnerischen Raumbedarfs auch Auswirkungen auf die Aufhebungsmöglichkeiten bestehender Schulen ergeben. Insofern müsste zwingend Schulraum vorgehalten werden, der ohne Inklusion möglicherweise nicht nötig wäre. Das Land wäre also aufzufordern, schnellstmöglich diese Absicht zahlenmäßig zu konkretisieren, da die sich daraus diesbezüglich ergebenden Weiterungen vom Schulträger ersehen werden können.
4. Fraglich ist, warum nicht auch über den 01.08.2018 hinaus die bis dahin zulässige Festlegung von inklusiven Schwerpunktschulen zulässig sein kann. Dies würde den Schulträgern dauerhaft die Möglichkeit eröffnen, konzeptionell (behinderungsartabhängige) Schwerpunkte in Abstimmung mit den Schulen ihres Bereiches und der Schulbehörde setzen zu können. Die flächendeckende Öffnung sämtlicher hiesiger Grundschulen bei gleichzeitiger Freigabe des Elternwillens kommt insoweit mit Blick auf Aufnahmeanträge von Eltern einer „Lotterie“ gleich, die letztendlich die „vorsorgliche“ bauliche Herrichtung **sämtlicher** Schulgebäude für ebenso **sämtliche** Behinderungsarten erforderlich ma-

chen würde. Schließlich müssen in einem solchen Falle die baulichen Voraussetzungen bereits abschließend geschaffen sein, wenn ein Aufnahmeantrag für ein behindertes Kind gestellt wird. Es kann nämlich wegen der üblichen zeitlichen Abläufe nicht Sinn praktizierter Inklusion sein, dass mit der Planung baulicher Maßnahmen (einschließlich Entscheidung über die Mittelbereitstellung im Rahmen des Budgetrechts des Rats) erst begonnen wird, wenn der Beschulungsantrag vorliegt.

5. Die Ausführungen des Landes zu den bauordnungsrechtlichen Regelungen hinsichtlich der barrierefreien Erreichbarkeit von Schulgebäuden im Rahmen des § 48 Abs. 1 Nr. 5 NBauO gehen insoweit ins Leere, als für unsere Schulgebäude solange bauordnungsrechtlicher Bestandsschutz besteht, solange keine baurechtlichen Nachforderungen gestellt werden. Bauaufsichtliche Forderungen dieser Art sind aufgrund der bislang fehlenden vorstehenden Voraussetzungen noch nicht erhoben worden, weswegen eine barrierefreie Zugänglichkeit keinesfalls flächendeckend an unseren Grundschulen im Lichte der vom Land benannten Rechtsgrundlage besteht.
6. Die vom Land in der Gesetzesbegründung angegebenen Schülerzahlen, die für die Ermittlung eines zusätzlichen Sachaufwands im Rahmen der inklusiven Beschulung für notwendig erachtet werden, betrachten wir – *ohne die genauen Zahlen tatsächlich zu kennen* – aus Sicht des Landes als sehr „zielführend ermittelt“. Beispielhaft sei nämlich erwähnt, dass seitens des Landes diejenigen hörbehinderten Kinder, für die ein Zusatzaufwand entstehen dürfte, mit insgesamt 10 angegeben werden. Da an einer Grundschule in städtischer Trägerschaft ausweislich unseres Bezugsschreibens bereits zwei Kinder mit erheblichem baulichen Zusatzaufwand von geschätzt rd. 30 TEUR beschult werden, deckt demnach also allein die Stadt Helmstedt einen Anteil von 20 % der laut Gesetzesbegründung landesweit in Betracht kommenden („kostenwirksamen“) hörbehinderten Schülerinnen und Schüler ab. Allein dieses Beispiel mag verdeutlichen, dass die Berechnungen des Landes „sehr optimistisch“ zu sein scheinen bzw. mit den uns vorliegenden baulichen Anforderungen des Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte nicht kongruent sein dürften.
7. Auch wenn das Land Niedersachsen seine auf der Konnexität beruhende Verpflichtung dem Grunde nach anerkennt, verwundert es nicht, dass diese im Lichte der vom Land ohne Beteiligung der kommunalen Schulträger vorgenommenen Kostenermittlung für den Bereich der Schulträger der Höhe nach als nicht erheblich im Sinne von Art. 57 Abs. 4 der Nds. Verfassung angesehen wird. Die Ermittlung der für Schulträger durch die Gesetzesänderung eintretenden Kostenfolgen wird von uns daher angezweifelt; auf Ziff. 6 oben wird insoweit beispielhaft verwiesen. Für die Stadt Helmstedt ist zwingend, dass das Land seine auf Art. 57 Abs. 4 der Nds. Verfassung beruhende Verpflichtung anerkennt und auskömmliche Ausgleichszahlungen an die kommunalen Schulträger leistet.
8. Es ist zu befürchten, dass die Schulträger in Abgrenzungsschwierigkeiten zu den Eingliederungshilfeleistungen des Sozialhilfeträgers nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch geraten werden. Hierzu haben wir bereits unter dem 11.10.2011 beispielhaft vorgetragen. Die Hinweise der Nds. Landesschulbehörde zu dieser Abgrenzung waren insoweit – wie dargestellt – nicht hilfreich. Das Land Niedersachsen sollte insoweit auf Bundesebene im Sinne der kommunalen Schulträger darauf dringen, dass insbesondere § 12 der Verordnung nach § 60 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Eingliederungshilfe-Verordnung) so klarstellend gefasst wird, dass auch

der Sozialhilfeträger seinen Beitrag für die inklusive Beschulung behinderter Kinder zu schultern hat und der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UN-Behindertenrechtskonvention hinsichtlich der Beschulung behinderter Kinder nicht ausschließlich auf dem Rücken der Schulträger ausgetragen wird. Es ist aus unserer Sicht zweifelsfrei klarzustellen, dass die Kostenzuständigkeit des Schulträgers bei ausschließlich baulichen Maßnahmen am und im Gebäude endet.

9. Der für die Evaluierung angenommene Zeitraum bis zum 31.07.2018 ist zu langfristig. Da bereits mit Wirkung vom 01.08.2018 sämtliche städtische Grundschulen so umgerüstet sein müssen, dass bei Bedarf eine inklusive Beschulung erfolgen können muss, wäre ein kürzerer Zeitraum und eine mehrmalige Überprüfung der Auswirkungen dieser Gesetzesänderung deutlich vor dem 31.07.2018 nötig. Nur so können zeitnah die mit der Einführung der inklusiven Beschulung verbundenen Kostenfolgen festgestellt und dem Land gegenüber als erheblich dargestellt werden.

Dankbar wären wir Ihnen nach alledem, wenn Sie sich diesbezüglich beim Land insbesondere für

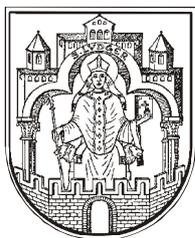
- eine Beschränkung der inklusiven Beschulung auf vom Schulträger festzulegende Schwerpunktschulen und
- einen auskömmlichen finanziellen Kostenausgleich im Rahmen des Konnexitätsprinzips durch das Land einsetzen würden. Selbstverständlich sind mit der Einführung der inklusiven Beschulung **erhebliche Kostenfolgen für die kommunalen Schulträger** zu erwarten.

Für Ihre Mühewaltung danken wir Ihnen sehr.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Schobert

(Schobert)



STADT HELMSTEDT

Der Bürgermeister

Stadt Helmstedt, Postfach 16 40, 38336 Helmstedt

Niedersächsischer Städtetag
Prinzenstraße 23
30159 Hannover

Ihr/e Ansprechpartner/-in

Fachbereich Jugend, Schulen und Sport

Herr Leppin

**Neumärker Straße 1, 3. Obergeschoss
Durchwahl: 17-1200**

E-Mail: carsten.leppin@stadt-helmstedt.de

Rathaus, Markt 1 38350 Helmstedt

Telefon: (05351) 170 Vermittlung

Telefax: (05351) 595714

Steuer-Nr. 28/200/03006

USt-IdNr. DE115861636

E-Mail: rathaus@stadt-helmstedt.de

Internet: <http://www.stadt-helmstedt.de>

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 08.30 – 12.15 Uhr
Mo und Do 14.00 – 17.00 Uhr

P (nur für PKW) Holzberg

Datum und Zeichen Ihres Schreibens (Bei Antwort bitte angeben)
Unser Zeichen
12

Datum
11.10.2011

Integrative bzw. inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern an Grundschulen

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Blick auf die mit der kommenden inklusiven Beschulung von behinderten Schülerinnen und Schülern verbundenen Kosten für bauliche Maßnahmen verfolgt die Stadt Helmstedt als Trägerin von Grundschulen die landesgesetzliche Entwicklung und die hierzu derzeit verfügbaren Informationen in den Medien mit sehr großem Interesse. Sehr dankbar sind wir auch für den klarstellenden Hinweis Ihres Präsidenten, Herrn Oberbürgermeister Klingebiel, wonach die vom Land im Zusammenhang mit der Inklusion übernommenen Aufgaben und die daraus für die kommunalen Schulträger erwachsenden Mehrbelastungen nicht von diesen zu schultern, sondern durch auskömmliche Landesleistungen auszugleichen sind. Auf Ihre Pressemitteilung Nr. 22/2011 nehmen wir insoweit Bezug.

Sämtliche Grundschulen in der Trägerschaft der Stadt Helmstedt nehmen am Regionalen Integrationskonzept teil und erhalten für die Beschulung lernbehinderter Schülerinnen und Schüler von der Nds. Landesschulbehörde Lehrerstunden zur Durchführung dieser sonderpädagogischen Grundversorgung zugewiesen. Ein besonderer (baulicher) Aufwand für die Beschulung dieser lernbehinderten Schülerinnen und Schüler entsteht für die Stadt Helmstedt üblicherweise nicht. Bei uns ist derzeit aber der Eindruck entstanden, dass städtische Grundschulen im Vorgriff auf das sicherlich kommende – *bislang aber noch nicht gesetzlich normierte* – inklusive Schulmodell teilweise dazu neigen, körperbehinderte Kinder an Ihrer Schule ohne Rücksprache mit der Stadt Helmstedt als Schulträgerin gleichermaßen aufzunehmen.

So haben wir kürzlich erst aus einem Berichts des Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte Braunschweig erfahren, dass an einer Grundschule in städtischer Trägerschaft zwei hörbehinderte Schüler im 1. und 3. Jahrgang beschult werden. Das Landesbildungszentrum fordert nunmehr bauliche Maßnahmen (Einbau einer Schallschutzdecke und –wand, Veränderungen am Fußboden und Gardinen), die nach erster Schätzung je Raum bis zu 15 TEUR kosten dürften.

Nach § 4 NSchG sollen Schülerinnen und Schüler, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, an allen Schulen gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern erzogen und unterrichtet werden, wenn auf diese Weise dem individuellen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler entsprochen werden kann und soweit es u.a. die sächlichen Gegebenheiten erlauben. Die Stadt Helmstedt als Schulträgerin ist bei den beiden vorgenannten Aufnahmeentscheidungen durch die Schule nicht beteiligt worden, obwohl – *wie sich jetzt gezeigt hat* – ein erheblicher Sachaufwand ansteht. Wir haben erhebliche Zweifel, ob ein Verweis dieser bereits aufgenommenen Kinder an geeignete Förderschulen überhaupt rechtlich durchsetzbar und pädagogisch vertretbar wäre, weswegen wir beabsichtigen, die Schule aufzufordern, zunächst innerhalb des vorhandenen Raumbestands nach akustisch geeigneteren Unterrichtsräumen zu suchen und mit dem Landesbildungszentrum den baulichen **Minimal**aufwand zu klären, da bislang nachweislich über zwei Jahre lang die Beschulung des jetzt in der 3. Klasse befindlichen hörbehinderten Kindes pädagogisch möglich war. Dem Vernehmen nach könnte die „andere Sicht auf die baulich notwendigen Dinge“ nämlich möglicherweise auch mit einem Förderpersonalwechsel beim Mobilen Dienst „Hören“ des Landes zusammenhängen, was das Ganze zutreffendenfalls für den Schulträger noch „unberechenbarer“ machen würde, da dies von der Betrachtung einer einzelnen Person abhinge.

Die Stadt Helmstedt ist Trägerin von insgesamt fünf Grundschulen, wobei eine Grundschule eine Außenstelle in einem Ortsteil führt. Was im Übrigen – neben *den vorstehenden Ausführungen* – die inklusive Beschulung angeht, sind wir der Auffassung, dass es weder leistbar noch vom Gesetzgeber her im Rahmen der inklusiven Beschulung gewollt sein kann, sämtliche Schulgebäude behindertengerecht umzugestalten. Bei dem denkbaren Spektrum unterschiedlichster körperlicher Behinderungsarten hieße dies in letzter Konsequenz nämlich, jedes Schulgebäude vollumfänglich auszurüsten. So ist beispielsweise für die Stadt Helmstedt zu bemerken, dass wir über ein vollkommen barrierefreies Schulgebäude verfügen, welches wir wegen der Beschulung eines körperbehinderten Kindes erst in den diesjährigen Sommerferien für rd. 25 TEUR mit einer behindertengerechten WC-Anlage und einem hydraulischen Wickeltisch ausgestattet haben. Bei den anderen aus mehreren Geschossen bestehenden Grundschulgebäuden würde sich in einem solchen Falle (Rollstuhlfahrer) insbesondere für (Treppen-)Liftnanlagen ein vielfacher Mehrkostenaufwand ergeben, weswegen wir der Auffassung sind, dass es gestattet sein muss, innerhalb der bestehenden Schulen eines Schulträgers behinderungsabhängige Zuordnungen vornehmen zu dürfen (*z.B. Kinder, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind = barrierefreie Schule X; sehbehinderte Kinder = Schule Y; hörbehinderte Kinder = Schule Z*), die dann von den Eltern demgemäß anzunehmen oder anderenfalls Beschulungen in einer geeigneten Förderschule hinzunehmen wären. Keinesfalls kann aus unserer Sicht nämlich verlangt werden, dass sämtliche Schulgebäude durchgängig für alle in Frage kommenden Behinderungsarten auszustatten sind. Diese Auffassung vertrat im Übrigen in einer kürzlichen gemeinsamen Sitzung sogar der Behindertenbeirat des Landkreises Helmstedt.

Dankbar wären wir Ihnen nach alledem, wenn Sie uns hinsichtlich der oben beschriebenen Beschulungen körperbehinderter Kinder Ihre Rechtsauffassung mitteilen würden; und zwar, ob nach derzeitigem Recht ein Anspruch auf integrative Beschulung nach § 4 NSchG immer dann nicht besteht, wenn die erforderlichen sächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden sind und auch nicht in für den Schulträger zumutbarer Weise von diesem geschaffen werden können. In der Konsequenz hieße dies, dass die betreffenden Schüler einer Förderschule zugewiesen werden müssten, welche die betreffenden Förderbedarfe abdeckt. Wie schätzen Sie bei alledem die Grenze der Zumutbarkeit für bauliche Maßnahmen ein?

Daneben würden wir uns über einen Hinweis freuen, ob Sie die Auffassung der Stadt Helmstedt teilen, nach bestimmten Behinderungsarten bauliche Schwerpunktsetzungen in Schulen vorzunehmen, damit nicht jedes einzelne Schulgebäude vollumfänglich für jede körperliche Behinderungsart baulich umgerüstet werden muss. Bejahendenfalls wären wir Ihnen für einen Hinweis dankbar, ob eine Haltung des Landes hierzu bereits erkennbar ist. Wären bei Grundschulen für Schülerinnen und Schüler des gleichen Bekenntnisses (§§ 129 ff. NSchG) im Übrigen diesbezüglich andere Maßstäbe anzulegen oder müssten sich diese Schulen ebenfalls einer solchen baulichen Schwerpunktsetzung unterordnen (auch wenn sie z.B. nicht eine behindertengerechte bauliche Versorgung erhielten)?

Abschließend dürfen wir beispielhaft darauf aufmerksam machen, dass wir die Frage, durch welchen Träger die Beschaffung des o.a. Wickeltisches zu realisieren ist, der Nds. Landes- schulbehörde mitgeteilt haben, nach deren Einschätzung sich die *rechtliche Lösung dieser Frage im Grenzbereich der Zuständigkeiten des Sozialhilfeträgers einerseits und des Schulträgers andererseits bewege*. Seine Zuständigkeit für diese Beschaffungsmaßnahme hat der Sozialhilfeträger damit nicht gesehen. Wegen der sich in diesem Falle ergebenden Abgrenzungsproblematik zwischen Sozialhilfe- und Schulträger haben wir seitens der Stadt Helmstedt im Sinne des behinderten Kindes ohne Anerkennung einer Rechtspflicht entschieden, diesen Wickeltisch zu beschaffen (rd. 3,3 TEUR), weil ansonsten die Beschulung zum Schuljahresbeginn 2011/12 nicht sichergestellt gewesen wäre. Zur Vermeidung von künftigen Abgrenzungsproblematiken dieser Art bei der inklusiven Beschulung vertreten wir nach diesen Erfahrungen allerdings die Auffassung, dass Leistungsverpflichtung und – umfang des Sozialhilfeträgers im Rahmen der Eingliederungshilfe (§§ 53 ff. SGB XII) eindeutig(er) definiert sein müssen. Der Schulträger kann insoweit nicht zum „Ausfallbürgen“ für Eingliederungshilfeleistungen werden. Sehen Sie insoweit Handlungsmöglichkeiten oder ist der vorstehende „Wunschgedanke“ der Stadt Helmstedt zu weitgehend?

Für Ihre Mühewaltung danken wir Ihnen sehr.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eisermann

(Eisermann)